

Factsheet

20. März 2024

Volksinitiative «Für tiefere Prämien – Kostenbremse im Gesundheitswesen (Kostenbremse-Initiative)»

Die Kostenbremse-Initiative gelangt am 9. Juni 2024 zur Abstimmung.

Ebene

eidgenössisch kantonal kommunal

Inhalt des Geschäfts (Ausgangslage, Ausgestaltung, Ziele)

Mit der Kostenbremse-Initiative will die Mitte-Partei das Wachstum der Gesundheitskosten bekämpfen. Gemäss Begehren müssen Bundesrat, Parlament und Kantone eingreifen, wenn die Gesundheitskosten im Vergleich zur Lohnentwicklung zu stark steigen. Der Fall wäre dies, wenn das Kostenwachstum pro versicherte Person ein Fünftel über der Nominallohnentwicklung läge.

Der Bundesrat befürwortet grundsätzlich das Anliegen der Initiative, das Kostenwachstum in der obligatorischen Krankenpflegeversicherung und die Belastung der Prämienzahler zu bremsen. Allerdings ist die Koppelung an die Lohnentwicklung zu starr. Faktoren wie die Alterung der Gesellschaft, der technisch-medizinische Fortschritt sowie die Abhängigkeit der Löhne vom Konjunkturverlauf werden nicht berücksichtigt.

Der indirekte Gegenvorschlag des Parlaments sieht im Kern die Einführung von Kosten- und Qualitätszielen für das Gesundheitswesen vor. Der Bundesrat soll alle vier Jahre Vorgaben für die Leistungen gemäss dem Bundesgesetz über die Krankenversicherung festlegen. Für den Fall, dass Ziele nicht erreicht werden, macht er aber keine Vorgaben. Weiter soll der Bundesrat zusätzliche subsidiäre Kompetenzen bei den Tarifen für stationäre Behandlungen erhalten. Konkret wird gesetzlich verankert, dass der Bundesrat Anpassungen an den Tarifstrukturen vornehmen kann, wenn sie sich als nicht mehr sachgerecht erweisen und sich die Parteien nicht auf eine Revision einigen können.

Betroffenheit für KMU- und Gewerbe

gross mittel klein

Die Gesundheitskosten belasten die Haushalte. Sowohl die des Bundes, der Kantone als auch der Privaten. Eine direkte KMU-Betroffenheit ist nicht ersichtlich.

Qualitative Beurteilung

Die Eindämmung des Kostenwachstums im Gesundheitswesen ist wichtig und notwendig. Die Koppelung des Wachstums der Kosten der Grundversicherung an die Wirtschafts- und Lohnentwicklung, wie dies die Kostenbremse-Initiative will, greift aber zu kurz. Die demographische Alterung unserer Gesellschaft sowie die kostensteigernde Wirkung des medizinisch-technischen Fortschritts wird die Kosten der Grundversicherung stärker ansteigen lassen als die Durchschnittslöhne. Das Parlament hat einen indirekten Gegenvorschlag ausgearbeitet, der mit hoher Wahrscheinlichkeit in Kraft treten kann, falls die Volksinitiative scheitert. Er ist subtiler



KMU- UND
GEWERBEVERBAND
KANTON ZÜRICH

ausgestaltet als die Volksinitiative und wird auch ohne Einsatz der Brechstange eine kostendämpfende Wirkung entfalten können.

Zeitplan des Politprozesses (Milestones)

Die Abstimmung findet am 9. Juni 2024 ab.

Befürworter

Mitte

Gegner

SVP, FDP, GLP, SP

Pro

- Bemühung zur Kostenbremse im Gesundheitswesen

Kontra

- Starrer Mechanismus
- Alleiniger Fokus auf Löhne greift wohl zu kurz
- Bei einem Nein tritt Gegenvorschlag in Kraft, welcher Verbesserungen vorsieht
- Gesundheitspolitik ist in erster Linie in der Verantwortung der Kantone

Massnahmen KGV

- Parolenfassung
- Beitrag KGV-Newsletter
- Redaktionelle Beiträge «Zürcher Wirtschaft»
- aktive Mitarbeit an Kampagne (u.a. Leserbriefe, Medienarbeit, Information der Sektionen)
- Kampagnenlead
- finanzielle Unterstützung
- weitere

Antrag

Der Vorstand verzichtet wegen fehlender direkter Gewerberelevanz auf eine Parolenfassung.